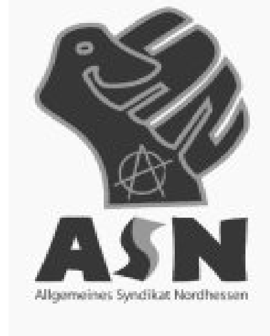
Herausgeber/innen:

Allgemeines Syndikat Nordhessen (ASN)
c/o Freies Radio Kassel,
Sandershäuser Str. 34
34123 Kassel, Germany
asn.kassel@freenet.de



Anarchosyndikat "eduCat"
c/o Buchladen "Le Sabot"
Breite Str. 76,
53111 Bonn, Germany
educat@anarchosyndikalismus.org

Webseite:
http://anarchosyndikalismus.org



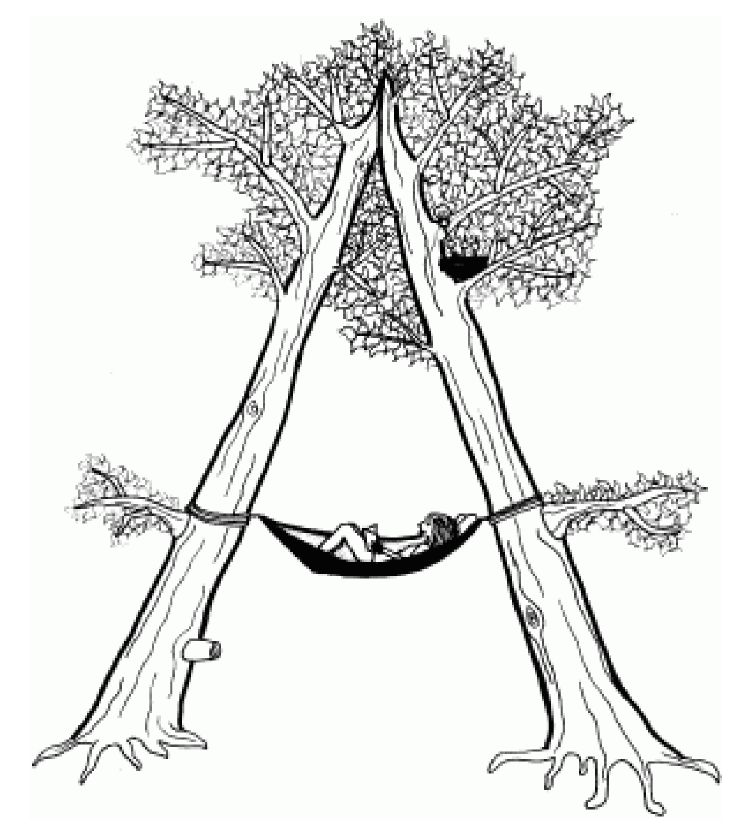
[Redaktionsschluss: Frühjahr 2008; ViSdP: A. Nashie, Bonn]



SchwarzRote Feder

anarchosyndikalistisches Magazin

2 Kosten: etwa 1 €



Inhalt:

Militärische Logik
weltweit und in Nordhessen

Es ist bekannt – und trotzdem immer wieder nötig, die Grundstrukturen der verfehlten herrschenden Weltpolitik zu bezeichnen, und deren Überwindung und Abschaffung zu fordern.

Frieden kann niemals erzwungen werden, sondern beruht unter anderem auf dem Vorhandensein eines gerechten und die allgemeinen Menschenrechte beinhaltenden gesellschaftlichen Konsens und dessen Umsetzung in die Praxis.
Wir sind vor dem Hintergrund von immer neuen alarmierenden Zahlen, Meldungen und Schicksalen gezwungen, uns weiterhin mit Friedens- und Gerechtigkeitsfragen auseinander- zusetzen, solange der Weg in diese Richtung sich nicht durchsetzt. Dabei könnten die riesigen Mengen an Material und Knowhow, die heute weltweit in militärische Aufrüstung und Krieg investiert werden, Umwelt, Menschheit und friedenssichernden Projekten zugute kommen.

Wenn "Arme" zur Armee gehen

Auch in den Vereinigten Staaten gibt es zunehmend wirtschaftliche Krisen und deren Opfer – denken wir an die Bankenkrise und die Verschuldung der USA. Sie trifft zunehmend die Zivilbevölkerung. Viele junge Rekrutierte in den USA kommen bekannterweise aus ärmeren Schichten und erhoffen sich den sozialen Aufstieg und Absicherung für sich und ihre Familien durch die Armeezugehörigkeit.

Diese Rechnung geht jedoch nicht automatisch auf, im Gegenteil. Entsprechend einer Meldung der [Zeitung] *Times* ist in den USA jeder vierte Obdachlose ein ehemaliger Soldat, wobei der Anteil der Veteran/innen an der US-Gesamtbevölkerung elf Prozent ausmache.

Bis zu viermal mehr Suizide

Die Zahl der Suizide unter ehemaligen Armeeangehörigen sei schließlich im Vergleich zur zivilen Bevölkerung zumindest um 100 Prozent höher, heißt es in der Zeitung unter Berufung auf eine Untersuchung des US-TV-Senders CBS. Während die Zahl der Selbstmorde in der US-Gesamtbevölkerung bei 8,9 unter 100.000 liege, begingen durchschnittlich 18,7 bis 20,8 von 100.000 Armeeangehörigen Selbstmord. Bei jungen Männern bis 24 Jahre reiche dieser Schnitt sogar bis zu 32 unter 100.000. Er ist damit viermal so hoch wie unter Gleichaltrigen, die nicht in der US-Armee dienten.

Als häufigste Ursachen nennen US-Armeepsychologen Angst und permanenten Stress im Einsatz, gescheiterte Beziehungen durch die lange Einsatzdauer sowie den einfachen Zugang zur Waffe. Dies dürfte jedoch nur eine Seite beleuchten. Was die Armeepsychologen bewusst verschweigen, ist die psychologische Wirkung einmaliger und fortgesetzter Handlungen gegen die Menschlichkeit. Militärische Zwangsbesetzungen, Vertreibung und Mord an der Zivilbevölkerung, sind auch für hartgesottene Gemüter eine Belastung und Hypothek auf das eigene zukünftige Leben, die die Beteiligten nicht mehr ohne Weiteres zur Ruhe kommen lassen – auch eine Psychotherapie kann im Nachhinein die erlebten grauenvollen Bilder und Eindrücke von verstümmelten und zerfetzten Körpern, von Leid und Unrecht nicht auslöschen.

Und deutsches Militär?

Pressemeldungen vom November 2007 zufolge, beteiligte sich die Bundeswehr an Militäreinsätzen "hauptsächlich" mit Sanitäter/innen, Aufklärungs- und Nachschubkräften. Luftangriffe, bei denen nach Angaben des afghanischen Verteidigungsministeriums "Dutzende"

Aufständische – und nach Zeugenaussagen auch Zivilist/innen – getötet wurden, müssen auf die Ergebnisse der deutschen Luftaufklärung durch Tornados zurückzuführen sein.

Brigadegeneral Warnecke unterstehen im Normalfall rund 4.000 Soldaten aus 15 Ländern, darunter ungefähr 2.500 Deutsche. Die weitgehend hochgebirgige, unerschlossene Region Nord ist rund doppelt so groß wie Bayern und hat etwa sieben Millionen Einwohner. Der offizielle Auftrag der ISAF, dort für ein "sicheres Umfeld" zu sorgen, ist militärisch unmöglich zu realisieren. In diesen Tagen [Winter 2007] starben bei einem Bombenanschlag in der zu Warneckes Kommandobereich gehörenden Provinz Baghlan über 70 Menschen. Der Angriff richtete sich gegen Politiker der Nordallianz, die in Opposition zur Regierung in Kabul stehen.



Die direkten Opfer der amerikanischen Bomben und Raketen haben in Politik und Medien Beachtung gefunden, obwohl niemand genau weiß, um wieviele Opfer es sich genau handelt. In einem Bericht in der Zeitung *Guardian* im Februar wurde die Zahl dieser Opfer auf zwischen 1.300 und 8.000 Tote geschätzt. Eine Untersuchung des *Guardian* bezüglich der "indirekten Opfer" bestätigt Befürchtungen vieler Hilfsorganisationen, dass diese Zahl diejenige der "direkten Opfer" sogar noch übersteigt. Bis zu 20.000 Afghanen haben ihr Leben durch die indirekten Konsequenzen der US-Eingriffe verloren. Sie müssen ebenfalls in die Zahl der Todesopfer eingeschlossen werden.

Die Bombardierungen hatten direkte Auswirkungen auf die humanitäre Lage. Sie verursachten massive Abwanderungen, weil Hunderttausende Afghanen aus ihren Häusern fliehen mussten. Sie stoppten alle Luftversorgung von Opfern der Dürre, deren Leben von den Hilfslieferungen abhing. Sie verursachten einen Anstieg der Kämpfe und verwandelten eine militärisch stabile Lage in eine chaotische, fließende Situation, wodurch noch mehr Menschen fliehen mussten. Diese Opfer genau zu zählen ist unmöglich. Als Moslems begraben die Afghanen ihre Toten innerhalb von 24 Stunden und die Gräber derer, die auf der Flucht in den Bergen starben, sind nur den nächsten Angehörigen bekannt. Niemand hat Zeit, die Überlebenden zu befragen oder ihre Berichte zu prüfen.

Wen verteidigen ISAF* und OEF** eigentlich?

Deutsche Politiker wollen uns Glauben machen, der Truppeneinsatz in Afghanistan bringe weltweit sicherere Verhältnisse. Dass dies reine Kriegspropaganda ist, in die immer mehr deutsche Medien und Politiker miteinstimmen, zeigt unter anderem der folgende Text. Er ist eine Aufzeichnung der Rede von Malalai Dschoja, Mitglied des afghanischen Parlaments, gehalten an der Universität Los Angeles [USA] am 10. April 2007 und kennzeichnet überdeutlich dass inhaltliche und strategische Versagen der Truppeneinsätze:

"Die US-Regierung hat das ultrareaktionäre und brutale Regime der Taliban beseitigt. Statt sich aber auf das afghanische Volk zu stützen, hat sie uns vom Regen in die Traufe gestürzt und ihre Freunde unter den schmutzigsten und berüchtigtsten Kriminellen der "Nordallianz" gesucht, in der sich geschworene Feinde von Demokratie und Menschenrechten versammelt haben, und die nicht weniger übelgesinnt, böse und grausam sind wie die Taliban.

Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und der Befreiung Afghanistans, stattdessen sind die USA und ihre Verbündeten damit beschäftigt, unser verwundetes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln.

Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machtinhaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschlachten von zehntausenden unschuldiger Menschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten, und doch sind sie an der Macht und nehmen wichtige Regierungsämter ein.

Lassen Sie mich einige der wichtigsten Machtinhaber Afghanistans aufzählen:

• *Karim Chalili, stellvertretender Präsident, ist Chef einer proiranischen Partei namens* Wahdat*, verantwortlich für die Tötung von tausenden unschuldigen Menschen, und wird von* [der Menschenrechtsorganisation] Human Rights Watch *als Kriegsverbrecher bezeichnet.*

• *Ismael Chan, ein weiterer Killer-Warlord und Lakai des iranischen Regimes, ist Minister für Wasser und Energie.*

• *Izzatullah Wasifi, Afghanistans Antikorruptionschef, ist ein verurteilter Drogenhändler, der rund vier Jahre in den USA im Staatsgefängnis von Nevada gesessen hat.*

• *General Mohammed Daoud, Afghanistans stellvertretender Innenminister, zuständig für die Drogenbekämpfungspolitik, ist ehemaliger Kriegsherr und bekannter Drogenhändler.*

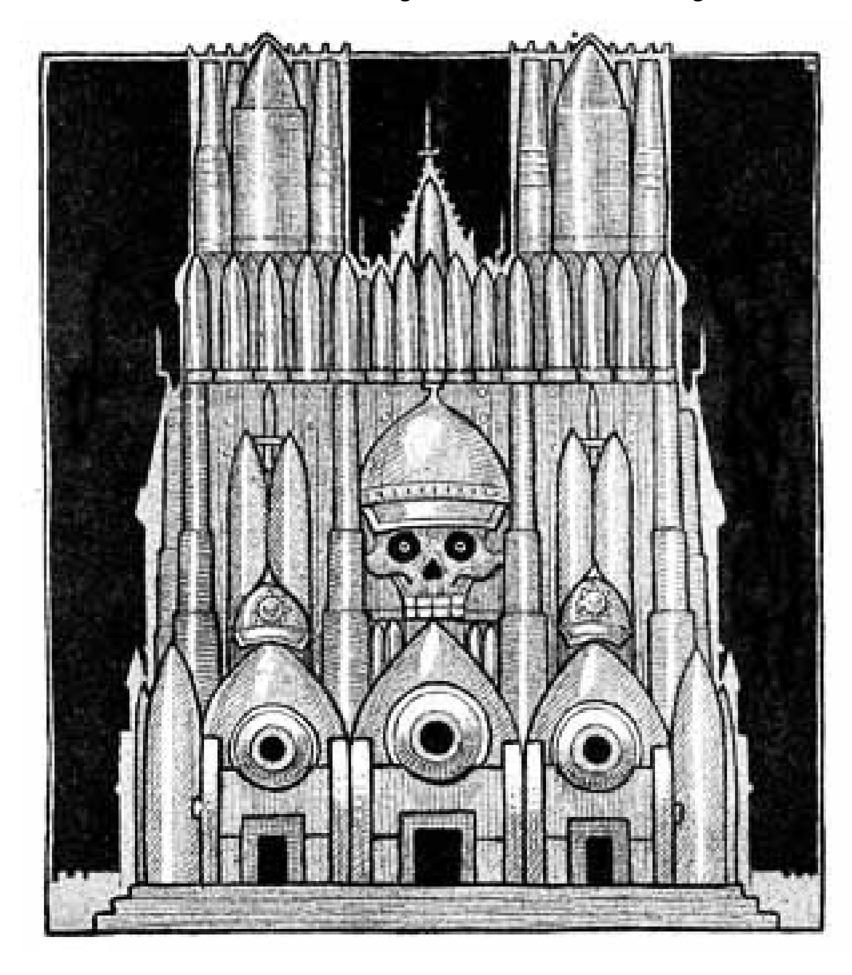
• *Raschid Dostum, Stabschef der afghanischen Armee, ist ein kaltblütiger Mörder und Warlord und wird von* Human Rights Watch *als Kriegsverbrecher bezeichnet.*

• *Qasim Fahim, ehemaliger Verteidigungsminister und heute Senator und Berater von Herrn Karsai, ist der mächtigste Kriegsherr der Nordallianz und wird beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben.*

Auf dieser Liste stehen hunderte von Männern, einschließlich Sajjaf, Ulomi, Golabsoi, Rabbani, Kanuni, Mohakik, Mullah Rocketi, usw.
Sie sollten alle aus ihren Ämtern entfernt und vor ein Kriegsverbrecher-tribunal gestellt werden. Im Grunde sind alle Hauptinstitutionen in Afghanistan mit Kriegsherren und Drogenbaronen besetzt. Wie können wir über Demokratie reden, wenn unsere Legislative, Judikative und Exekutive von dem Virus des Fundamentalismus und der Drogenmafia befallen sind?

Viele freiheitsliebende Einzelpersonen und Gruppierungen in Afghanistan haben schon vor langer Zeit gewarnt, dass es gefährlich wird für Afghanistan, wenn die US-Regierung die kriminelle Nordallianz wieder an die Macht bringt. Heute gehen fast alle Regierungen und Weltorganisationen davon aus, dass Afghanistan ein "failed state", ein gescheiterter Staat ist, der auf eine Katastrophe zustrebt."

Die Folgen der weltweiten Militäreinsätze bringen also für die betroffenen Gebiete keineswegs eine Verbesserung, sondern eine



Verschlechterung der Lage, wie bereits an vielen Beispielen bekannt wurde – und natürlich auch keine Verbesserung für die betroffenen Menschen. Aber auch für die Menschen und die ökonomische Entwicklung in den Industrieländern haben die Einsätze weitreichende Folgen. Innerhalb der herrschenden Politik- und Militärlogik gedacht, benötigt das Militär immer modernere Waffen.
Der Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages hat Anfang November 2007 mit großer Mehrheit grünes Licht für die Beschaffung von 405 Schützenpanzern des Typs *Puma* gegeben, die von den Heerestechnik-Herstellern *Krauss-Maffei Wegmann* (KMW) und *Rheinmetall* zum überwiegenden Teil an deren Standorten in Kassel gebaut werden sollen. Dies soll die Unsumme von knapp drei Milliarden Euro kosten. Bei der Versorgung mit Kriegswaffen ist der Rüstungsstandort Kassel mittlerweile von besonderer Bedeutung.

Nordhessen als Militär- und Rüstungsstandort

So untertitelte die [Zeitung] *Hessisch-Nassauische Allgemeine* (HNA) in diesen Tagen: *"Friedenseinsätze sorgen bei Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall für Arbeit".* Demnach entwickelt sich Kassel zum Zentrum der deutschen Heerestechnik mit *Krauss-Maffei Wegmann* (KMW) und *Rheinmetall*. KMW baut außerdem mit angeblich insgesamt etwa 1.400 Beschäftigten in Kassel die Transportfahrzeuge *Mungo* und *Fennek*, die *Panzerhaubitze 2000* und künftig deren Nachfolger, das mobile *Artillerie-Geschütz-Modul* (AGM) sowie die Türme für die schweren Kampfpanzer *Leopard I* und *Leopard II*.



Rheinmetall stellt in Kassel unter anderem den ABC-Spürpanzer, die *Panzerhaubitze 2000* sowie das mittlere Transportfahrzeug *Duro* her. Daneben rüstet *Krauss-Maffei Wegmann* bis 2010 einhundervierzig *Leopard-II*-Panzer aus Bundeswehrbeständen für die chilenische Armee um. Das sorgte für einen Beschäftigungsschub. Allein bei *Rheinmetall* in Kassel stieg die Zahl der Beschäftigten in den vergangenen zwei Jahren um 300 auf 900, KMW schaffte in seinem nordhessischen Werk immerhin gut 100 neue Jobs.

Trotz des deutschen Kriegswaffenkontrollgesetzes, das die Ausfuhr von Waffen in viele Länder verbietet, sind *Rheinmetall* und KMW in zahlreichen internationalen Märkten präsent. Der Kampfpanzer *Leopard* ist in mehr als 20 Ländern im Einsatz. Kein anderer schwerer Kampfpanzer ist auch nur annähernd derart verbreitet. Und der ABC-Spürpanzer von *Rheinmetall* hat als eines der wenigen ausländischen Militärprodukte den Eintritt in den abgeschotteten US-Rüstungsmarkt geschafft. Traurig, aber wahr.

Angesichts der wachsenden Zahl von Krisenherden in aller Welt und der immer lauter werdenden Rufe nach einem größeren militärischen Engagement Deutschlands werden die Perspektiven für beide Unternehmen als hervorragend bezeichnet. *Rheinmetall* setzte in der Rüstungssparte mit rund 6.800 Beschäftigten jährlich ungefähr 1,5 Milliarden Euro um. KMW bringt es mit 3.000 Mitarbeitern auf etwa eine Milliarde Euro.

Ein weiteres Milliardengrab ist die Aufrüstung der Bundeswehr mit dem Hubschrauber *Tiger*. Nachfolgende Passage stammt aus einem *asn*-Flugblatt und betrifft die Rolle der Heeresflieger die in Fritzlar/ Nordhessen stationiert sind.

K./asn, 11-07

Laudatio: 50 Jahre Humanisierung des Tötens

Krieg bleibt Krieg. Wie auch immer ein Waffengang genannt wird, Kriege finden statt, weil jemand erwartet, sich durch Gewalt Vorteile zu verschaffen. Nur der Ausblick auf ein ungünstiges Kosten/Nutzen-Verhältnis hält gewaltbereite Herrschende davon ab, ihre Interessen mittels Gewalt durchzusetzen.

Verständlicherweise werden Eroberungen immer als notwendig und nobel dargestellt. Zur Zeit sind es *"humanitäre Interventionen"*, die auf einer Ebene manchen Bewohnern eines Landes helfen (wie jede Eroberung), jedoch in jedem Fall eine weitere Zweigstelle des globalen Ausbeutungssystems im Zielland etablieren.

Nach Eingliederung in das westliche Weltausplünderungs-bündnis war es viele Jahre nur Aufgabe der Bundeswehr, eine einigermaßen glaubwürdige Präsenz zu zeigen. Ein tatsächlicher Einsatz war eher im Bereich theoretischer apokalyptischer Phantasie angesiedelt, und hätte unter anderem dazu geführt, dass die Geschichte der Heeresflieger ein abruptes Ende gefunden hätte.

Die militärische Bedrohung aus dem Osten ist vorbei. Umso stärker wird die wirtschaftliche Plünderung großer Teile der Welt politisch und militärisch vorangetrieben. Da Menschen bedauerlicherweise trotz Missionierung durch Kirchen und Freihandelsprediger häufig nicht einsehen wollen, dass sie selber zu verhungern haben, während der Reichtum ihrer Länder in den Westen fließt, ist es von Zeit zu Zeit nötig, die Welt daran zu erinnern, wer Anderen am meisten wehtun...



Frieden leben statt Krieg wählen!

...kann. Gestärkt durch Wiedervereinigung und Wegfall der Armeen im Osten, können sich so bundesdeutsche Politiker neue Ziele ausmalen: Mitwirkung bei den Eroberungen, das heisst humanitären Interventionen, und ein größerer Teil an der Beute.

Die Umstrukturierung der Bundeswehr in diesem Sinne verläuft fortgesetzt und ohne größere innere Spannungen, wofür wir den Soldaten für ihre Folgsamkeit danken können.

Die Neuausrichtung der Heeresflieger in diesem Licht erfolgt durch die Einführung eines modernen Kampfhubschraubers:
Mit diesen Hubschraubern werden Piloten der Bundeswehr Tod, Verstümmelung, Trauer und Schmerz in die weite Welt bringen.

Glücklicherweise sind sie geschützt: das Zielerfassungsdisplay unterbietet in der Auflösung jeden modernen Ego-Shooter, es wird daher keine Bilder zerfetzter Menschen als Brennstoff für Alpträume geben. Und damit die Piloten beim Töten nicht ins Schwitzen kommen, verfügen die neuen Hubschrauber auch über eine Klimaanlage.

Mit einiger Berechtigung kann man die Heeresfliegertruppe als die zukunftsweisendste Waffengattung bezeichnen.

In diesem Sinne:

Herzlichen Glückwunsch!

[Flugblatt des Allgemeinen Syndikats Nordhessen (asn)
zur Rolle der Heeresflieger in Fritzlar/Nordhessen, 2007]

Anmerkungen:

* **ISAF:** Die ***International Security Assistance Force*** (ISAF) ist die sogenannte *"Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe"* in Afghanistan. Die Aufstellung erfolgte auf Ersuchen der neuen afghanischen Regierung mit Genehmigung durch den Weltsicherheitsrat (Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001). Der Einsatz ist keine Blauhelm-Mission, sondern ein sogenannter *"friedenserzwingender Einsatz"* unter Verantwortung der beteiligten Staaten, wobei der NATO eine Führungsrolle zukommt. Das Mandat für die Beteiligung deutscher Soldaten am ISAF-Einsatz wurde am 22. Dezember 2001 erteilt und wurde bis heute immer wieder verlängert. In der deutschen Terminologie wird die ISAF häufig auch als *"Schutztruppe"* bezeichnet.

****OEF:** Die ***Operation Enduring Freedom*** (OEF, engl.= *"Operation dauerhafte Freiheit"*) ist eine von den USA geführte militärische Operation gegen "den Terrorismus", der bestimmte deutsche Militäreinheiten zugeordnet sind. Sie sollte ursprünglich *"Operation Infinite Justice"* (engl. = *"Operation grenzenlose Gerechtigkeit"*) heißen, jedoch wurde dieser Titel geändert, weil aus islamischer Sicht Gerechtigkeit allein bei Allah anzusiedeln sei.



Warum Anarchosyndikalismus?

Selbstorganisiert gegen die Gewalt der Herrschaft

Bedeutet Wählen Mitbestimmung?

Wir lehnen alle Formen der Wahlbeteiligung ab, egal ob in der Politik oder im Betrieb. Denn niemand, der/die als Stellvertreter/in gewählt wurde, kann unsere Interessen vertreten. Nur jede und jeder selbst kann im eigenen Sinne für sich sprechen und entscheiden. Angesichts des parlamentarischen Systems der Mehrheits-Herrschaft rufen wir zu jeder Art des Wahlboykotts auf.



Man sagt uns, dass Wahlen das Mittel der Unterdrückten seien, um ihre Situation zu verbessern. Wenn man jedoch genauer in die Geschichte blickt, dann haben diese Wahlen jedoch immer nur eine neue Form der Herrschaft begründet. Eine Alternative bietet sich nur so lange als verändernde Kraft an, wie sie noch nicht im Amt ist.

Sobald die Herrschaft übergeben wird, macht sich eine neue Kaste an Herrschenden an die Arbeit, ihr System gegen jede innere und äussere Konkurrenz zu verteidigen.

Beispiele dafür sind nicht nur die Sozialdemokratie und die marxistisch-leninistischen "Arbeiterparteien", sondern auch ihre reformistischen Gewerkschaften (wie der DGB). Aber auch die ökologischen Parteien (Grüne) und die vereinigte *"Linke"* (PDS+WASG) haben innerhalb weniger Jahre ihre Anpassung an das parlamentarische Herrschaftssystem begründet und vollzogen. Die Stellvertreter/innen, die in die Parlamente und Betriebsräte gewählt werden, nehmen die Macht der Repräsentation an, die ihnen bei den Wahlen übergeben wurde. Sie verhindern damit eine Selbstbestimmung und werden

stattdessen zu professionellen Vermittler/innen der mehrheitlichen Interessen. Diese Spezialist/innen können natürlich ihr Wahlversprechen auf Veränderung nicht einhalten, ohne das System selbst zu verändern, von dem sie ihre Macht bekommen. Also entschuldigen sie ihre Unfähigkeit mit dem Versprechen, dass mit größeren Mehrheiten bei der nächsten Wahl alles besser werde. Diese Vertröstungen werden von vielen Wähler/innen, die auf schnelle Veränderung hoffen, nur allzu oft geglaubt.



So werden gesellschaftliche Bedürfnisse aufgeschoben und in ein System der Stellvertretung gepresst. Damit werden soziale Kämpfe beruhigt und verhindert. Die Mehrheiten entscheiden über das Leben von allen, die Minderheiten warten in der Opposition auf ihre Chance selbst die Mehrheiten zu werden. Das Wahlsystem zerteilt so die Menschen in verschiedene Parteien und Interessengruppen, die in ihrer abwartenden Haltung erstarren.

Eine soziale Massenbewegung, die stattdessen direkte Aktionen zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse anwendet, vereint die Menschen jedoch.

Ohne Vermittlung von Stellvertreter/innen oder Polit-Profis wird in der direkten Aktion die gemeinsame Stärke aller Beteiligten verwirklicht. Sie ist die eigentliche Grundlage des Gewerkschaftskampfes, der von Anfang an seine wirtschaftliche Kraft durch Streiks und Blockaden, durch Boykott und Sabotage entwickelt hatte. Da die Kapitalist/innen ihre Eigentumsrechte über die Produktionsmittel mit Hilfe staatlicher und privater Gewalt kontrollieren, haben die besitzlosen Arbeiter/innen seit dem Entstehen der Warenproduktion immer wieder versucht, das zu verhindern.



Der Kampf gegen Gesetze und Bürokratie kann nur wirkungsvoll sein, wenn er auch gegen jede Form von Stellvertretung und Herrschaft geführt wird, also auch gegen jede Form von Partei und Staat. Daher lehnen wir die "Sozialpartnerschaft" ab, weil in ihr der nationalistische "Burgfrieden" [1] zwischen den reformistischen Gewerkschaften, der Regierung und den Kapitalist/innen (Industrie, Dienstleistungen, Handel und Handwerk) fortgesetzt wird.

Ist die Gewalt der Massen revolutionär?

Die revolutionäre Gewalt ist die Energie, die nötig ist um einen historischen, gesellschaftlichen Bruch politisch hervorzubringen und zu vollenden. Die Geschichte hat gezeigt, dass Terror und Krieg nicht von den Revolutionär/innen gemacht werden, sondern von den reaktionären Kräften.

Die blutigsten Ereignisse waren Rückschläge gegen Revolutionen, nicht Ergebnis ihres Versagens.

Wenn im politisch korrekten Zeitgeist von "Gewaltlosigkeit" gesprochen wird, dann wird diese meist von aktuellen sozial-revolutionären Bewegungen eingefordert. Dabei sind es im Laufe der Geschichte nicht die revolutionären Kämpfe gewesen, die gewalttätig waren, sondern die Staatsmacht, die ihre uniformierten Mörder/innen auf die Bevölkerung schiessen lässt. Im reaktionären Geist wird revolutionäre Massengewalt mit unterdrückendem Terror gleichgesetzt, um Chaos und Verwirrung zu stiften. Als

Anarchosyndikalist/innen sehen wir die Bedeutung der historischen Ereignisse, in denen die Bevölkerung ihre passive, abwartende Haltung abgelegt hat und aus eigener Kraft einen geschichtlichen Fortschritt hervorbrachte. Als Beispiele wären da vor allem zu nennen: die bürgerlichen Revolutionen in Frankreich (1789) und Deutschland (1848), die Pariser Kommune (1871), die Räte-Revolution in Russland (1917), die Räte-Revolution (1918) und der Ruhr-Aufstand (1920) in Deutschland, sowie die Spanische Revolution (1936).

Die gewaltsame Reaktion der Herrschenden, die blutige Niederschlagung dieser Revolutionen und Austände, wurde nicht von den Bevölkerungsmassen verübt, sondern gegen sie. Der deutsche Nationalsozialismus (und der Faschismus in anderen Ländern) war diese Reaktion als dauerhafte Regierungsform. Gegen die sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiter/innen-Bewegung setzten die Nazis in ihren zwölf Jahren Regierungszeit (1933-1945) alle Mittel der Unterdrückung und der Gewalt bis hin zum *"Totalen Krieg"*.

Die Masse bildete das Ornament der Herrschaft, die Einzelnen wurden zu Rädchen in der Kriegsmaschine des völkischen Organismus. Das "Staatsvolk" wurde vereint durch den alten christlichen Hass gegen Judentum und Kommunismus. Der irrationale Vernichtungskrieg der deutschen Rassist/innen gegen jüdische und slawische *"Untermenschen"* konnte erst von den staats- und privatkapitalistischen Armeen Russlands und der USA beendet werden.

Doch es waren genau diese Staaten gewesen, die den Siegeszug des Nationalsozialismus und Faschismus in Europa erst ermöglicht hatten. Hitlers Partei NSDAP war von dem US-Industriellen Henry Ford, der ein Anhänger der lebensfeindlichen Erbwahl (Eugenik) war, massiv mit Geld unterstützt worden, ebenso von der deutschen Großindustrie (Krupp, Siemens,...). Die Machtübergabe der deutschen Eliten an die NSDAP bedeutete nicht nur den Sieg des Antikommunismus, sondern - trotz aller Bündnisversuche - auch das Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die sofort nach dem 01. Mai 1933 verboten und viele Arbeiter/innen verhaftet wurden.[2]

Der historische Kampftag der Arbeiter/innen wurde zum *"Feiertag der deutschen Arbeit"* ernannt, an dem der *"schaffende Arbeiter der Stirn und der Faust"* seinen völkischen Sieg über das *"heimatlose Weltjudentum"* (stellvertretend für das *"raffende Finanzkapital"*) erträumen durfte. Alle Arbeitskämpfe wurden verboten und die Gewerkschaftsvertretung durch *"Betriebsführer"* ersetzt. Bis in die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs (1939-1945) wurden aus den besetzten Ländern verschleppte Zwangsarbeiter/innen, aber auch die hungernde Bevölkerung - Frauen, Kinder, alte Leute - für die Rüstungsproduktion



eingesetzt. In den Konzentrationslagern ging die *"Vernichtung durch Arbeit"* noch bis zur militärischen Befreiung weiter, insgesamt starben dort sechs Millionen Menschen.

Widerstand der weltweit größten Arbeiterbewegung in Deutschland gegen die Nazis gab es nur im Ansatz - die Kommunist/innen und Sozialist/innen waren politisch verfeindet und konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kampf einigen. Sie wurden 1933 in die Illegalität gezwungen. Auch die anarchistische Gewerkschaft FAUD [3], die im Kampf gegen die Nazis zur Arbeiter/innen-Einheitsfront und zum allgemeinen Generalstreik aufgerufen hatte, wurde verboten und bis 1940 endgültig zerschlagen, viele ihrer Mitglieder wurden entweder ermordet oder gingen ins Exil. Viele flüchteten über die Niederlande und 1936 weiter nach Spanien, wo unter dem Einfluss der anarcho-syndikalistischen CNT die soziale Revolution gegen den faschistischen Putsch von General Franco ausgebrochen war.

Die in Russland in einem blutigen Kampf an die Macht gekommenen Kommunist/innen (Bolschewist/innen) hatten mit Trotzkis "Roter Armee" nicht nur die freiheitlichen Revolutionen im eigenen Land - in Kronstadt und der Ukraine (Machnowtschina) - niedergeschlagen. Sie hatten 1936 auch einen Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland geschlossen, den Molotow-Ribbentrop-Pakt. Hitler und Stalin hatten sich bei der Gelegenheit auch die polnischen Gebiete untereinander aufgeteilt, obwohl sie gleichzeitig in Spanien einen Stellvertreterkrieg führten.



Die Spanische Republik erhielt Waffen von der Sowjetunion mit dem Versprechen die anarchistische Revolution zu stoppen. Und die deutsche Luftwaffe bombardierte mit der "*Legion Condor"* die Zivilbevölkerung der baskischen Stadt Guernica, um den Terror ihrer Brandbomben auszuprobieren. Im Kampf gegen den Faschismus hatten die Arbeiter/innen in Spanien nur veraltete Waffen und die revolutionäre Kraft der Massenbewegung. Als die Stalinist/innen ab 1937 auch die soziale Revolution mit Waffengewalt bekämpften und die Volksmilizen in die Armee gezwungen wurden, war die Niederlage nicht mehr weit.

Eine zentral gesteuerte Macht, ob als Regierung oder Partei, muss die spontane Selbstverwaltung der Bevölkerung verhindern und bekämpfen, um nicht selbst erst überflüssig und dann abgeschafft zu werden.

Das Recht auf Selbstverteidigung ist ein Recht der Einzelnen, die sich zu Massen zusammenschliessen können. Die Armee als Institution mit Regierungsauftrag steht diesem Recht jederzeit entgegen. Gewaltlosigkeit als Prinzip kann auch das Scheitern und die Niederschlagung einer revolutionären Bewegung bedeuten, wenn nach der Abschaffung der Machtinstitutionen (Regierung, Polizei, Militär, Religion) eine Leere entsteht, die nicht durch die Kraft der Bevölkerungsmassen mit neuen Formen der Selbstbestimmung gefüllt werden kann. Dann bleibt Raum für reaktionäre Kräfte, die die Situation nutzen um mit den Mitteln der Verwirrung und Gewalt das alte System wieder herzustellen.

Gewaltlosigkeit als taktisches Mittel, wie bei Demonstrationen und Sitzblockaden, ist jedoch für die revolutionären Massen ein Zeichen der eigenen Stärke und Zuversicht. Im Vertrauen auf die Menschlichkeit der zur Unterdrückung eingesetzten Sicherheitskräfte, wird das Ziel der sozialen Revolution - das Ende der Herrschaft des Menschen über den Menschen - durch die Form

der Direkten Aktion (zum Beispiel: Streik, Boykott, Besetzung, Sabotage) selbst ausgedrückt.

Das Mittel der Gewalt kann nicht das Ziel oder der Zweck des gesellschaftlichen Kampfes sein. Daher ist es wichtig zu Unterscheiden zwischen der notwendigen Selbstverteidigung einer revolutionären Massenbewegung gegen bewaffnete Ordnungskräfte der Reaktion (Polizei, Armee oder private Söldner/innen) einerseits - und der Sabotage, also der Gewalt gegen Sachen (Waffensysteme und -fabriken, Transportfahrzeuge, Kommunikationstechnik, aber auch gegen Gefängnisse und Todestechnologien) andererseits.

Wilde, unangemeldete Streiks, besonders der unbefristete Generalstreik, sind wirksame Mittel im Kampf um soziale Freiheit. Das öffentliche Leben, der Verkehr und die Produktion können in einem massenhaften Generalstreik von der Bevölkerung bzw. den organisierten Arbeitenden und Erwerbslosen vorübergehend zum Stillstand gebracht werden.

Es werden damit Freiräume geschaffen im Sinne von zeitlicher und räumlicher Leere, die es neu zu füllen gilt - mit lebendiger Widerstandskultur und gegenseitiger Hilfe. Doch dieser Arbeitskampf in den (Re-)Produktionsstätten und auf den Straßen ist nur ein kleiner, aber immer wieder wichtiger und nötiger Schritt zur Anarchie. Es gibt keine "letzte Schlacht", die es mit allen Mitteln zu gewinnen gilt.

Denn Menschsein, bedeutet zu versuchen menschlich zu werden - das gilt auch für die Wahl der Mittel im libertären (freiheitlichen) Kampf für eine gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft.

N.N., Anarchosyndikat "eduCat" (Köln/Bonn)

Anmerkungen:

[1] **"Burgfrieden":** Die Sozialdemokratische Partei und der deutsche Gewerkschaftsbund unterstützten Kaiser Wilhelm II für einen nationalen Sieg des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg (1914-1918), indem sie die Waffenproduktion unterstützen, die Lohnsenkungen akzeptierten und auf alle Streiks verzichteten.

[2] Nach der Machtübergabe an die Nazis bestand 1935 die Hälfte der **National-Sozialistischen "Arbeiter"-Partei** (NSDAP) aus Beamten, Selbständigen und Angestellten. Nur 5% waren Arbeiter, 8% Bauern.

[3] Die **Freie Arbeiter-Union Deutschlands** war eine kleine, freiheitliche Gewerkschaftsföderation und Mitglied der 1922 in Berlin gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA). Als 1920 im Ruhrgebiet der bewaffnete Aufstand der "Roten Ruhrarmee" gegen den faschistischen Kapp-Putsch und die SPD-Regierung ausbrach, beteiligte sich etwa die Hälfte der damals 120.000 FAUD-Mitglieder an der revolutionären Erhebung. Nachdem der Aufstand von der SPD-geführten Reichswehr mit Hilfe der faschistischen Freicorps niedergeschlagen wurde, wurden viele Arbeiter/innen massakriert. Die enttäuschten Massen verliessen die FAUD und bis 1932 sank die Mitgliederzahl auf fast 10.000 ab. Als Reaktion auf den aufkommenden Nationalsozialismus wurden anarchistische Selbstverteidigungsorganisationen (*"Schwarze Scharen"*) gegründet, die aber auch umstritten waren. Einige FAUD-Mitglieder kämpften ab 1936 in Spanien unter anderem in der *"Internationalen Gruppe"* der Kolumne Durruti, die später in die Armee integriert wurde. Nicht nur in der Exil-Gruppe DAS (*"Deutsche Anarcho-Syndikalisten"*) gab es harte Diskussionen um die Haltung zu Militarisierung und zum antifaschistischem Krieg. Einige schlossen sich später der

französischen Widerstandsbewegung (Resistance) an oder arbeiteten später im schwedischen Exil mit den Anarchosyndikalist/innen der SAC (damals noch IAA-Sektion) und mit der *"Internationalen Transportarbeiter-Föderation"* (ITF), sowie mit den Alliierten gegen Nazi-Deutschland zusammen.

Abkürzungen:

DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund

PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus (ex-SED)

WASG = Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

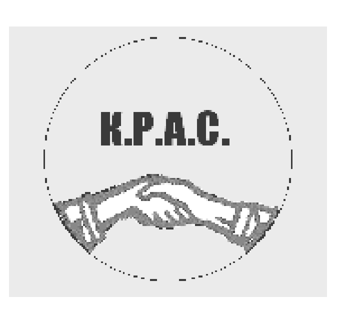
NSDAP = National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

CNT = Confederacion Nacional del Trabajo



Soziale Revolution und revolutionäre Organisation

Wie die russischen Arbeiter-Anarchist/innen (KRAS) es sehen



Wir sind Kommunist/innen. Und zwar nicht in diesem verflachten und verzerrten Sinn, das uns ab und zu als Schreckgespenst von den Seiten, Kanälen und Wellen der Medien erscheint wie: *"kommunistisches Regime"*, *"kommunistischer Staat"*, *"kommunistische Partei"* usw.

Der wahre Kommunismus ist der anarchistische, staats- und autoritätslose: er ist hierarchiefrei und libertär. Vor nur hundert Jahren konnte mensch fast hundertprozentig sicher sein: indem sie oder er eine Erwähnung über Kommunist/innen vornahm, waren die Rede von den Anarchist/innen.

Nur, 1917 wurde dieses Wort von den Bolschewist/inen gestohlen, und dann durch deren Benutzung zum Gespött der ganzen Welt gemacht…

Wir sind Kommunist/innen in diesem alten, noch nicht gestohlenen Sinn. In dem Sinn nämlich, der freie Kommune und freie Vereinigung (Assoziation) bedeutet: Wenn die Betroffenen zusammen und gemeinsam in den Vollversammlungen beschliessen, wie sie leben und was sie tun wollen, indem sie aneinander helfen.
Wie sie gemeinsam die bestehenden und die neu erzeugten Güter der Erde benutzen – wie man das Licht der Sonne benutzt,

die für alle scheint, um mit den Worten von Sylvain Maréchal (1) zu sprechen, des anarchistischen Dichters aus dem 18. Jahrhundert.

VOLLVERSAMMLUNGEN

Wir sind Kommunist/innen nicht nur in den Vorstellungen über unsere Ziele, über die Zukunft für die wir kämpfen. Wir sind Kommunist/innen auch in unserem Kampfe selbst.

Wir sind überzeugt dass nur die allgemeinen Versammlungen der Arbeiter/innen in den Betrieben und in den Einrichtungen, nur die Vollversammlungen der Einwohner/innen in den Wohnvierteln, Häuserblocks und Ortschaften bestimmen sollen, wie zu streiken oder zu revoltieren ist. Wie Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen sind und wie die Unterdrückung (Repression) und die Organe der bestehenden Un-Ordnung abzuwehren sind.

Und zwar selbstbestimmt, ohne jegliche selbsternannte oder durch Wahlen "beauftragte" Vertreter/innen: der Parteien, der Gewerkschaftsbürokratien, der Abgeordneten oder der Richter/innen. Solche souveränen Vollversammlungen sind nicht nur eine Garantie für einen Erfolg der heutigen Kämpfe, sondern auch ein Urbild, eine Grundlage und ein Grundstein des freien Morgens.

"Aber wenn ihr, Anarchist/innen, Euch für die Vollversammlungen einsetzt und in ihnen die Grundlage einer freien Gesellschaft seht" – könnten manche Leser/innen fragen – *"warum haltet ihr es dann die Bildung einer anarchistischen Arbeiter/innen-Organisation für nötig? Wozu ist diese notwendig, wenn solche Vollversammlungen beschließen und bestimmen sollen?"*

Beginnen wir damit, dass solche Vollversammlungen ganz selten im heutigen Russland – und in der Welt – sind. Hier wird der Kampf am häufigsten von den Parteien, Politikern und bürokratischen Gewerkschaften angeführt und geleitet. Der Gewerkschaftsausschuss beschliesst, wie und wofür zu streiken ist. Und die allgemeine Versammlung wird nur dazu einberufen, um die bereits getroffenen Beschlüsse zu bestätigen. Für etwas mehr sei die "unwissende" Masse sowieso nicht fähig, so ist die übliche Meinung. Diese traurige "Tradition" müssen wir um jeden Preis brechen! Dafür ist es lebenswichtig, dass sich Menschen organisieren, die das Prinzip der Unabhängigkeit der Vollversammlungen vertreten.



Aber auch Vollversammlungen alleine reichen heute nicht. In Frankreich z.B. ist ihre Einberufung schon eine Kampftradition. Solche *"assemblées"* werden fast immer einberufen, wenn irgendein ernsthafter Streik ausbricht. Aber auch dort reissen die Vertreter/innen irgendwelcher oppositioneller Parteien oder Gewerkschaften die Macht an sich. Danach sind es diese Führer/innen, die über den Verlauf und die Organisation des Kampfes beschließen und nicht der laute ungehorsame Arbeiter/innen-"Thing" (2).

Die Führer/innen sprechen, beraten sich, verhandeln mit Unternehmer/innen und Behörden, schließen Vereinbarungen und Geschäfte hinter den Rücken der Arbeiter/innen ab... Und die "gewöhnlichen" Leute unten werden wieder zu Statist/innen, wie es immer im Kapitalismus ist. Dabei verzichten die "Massen" diesmal selbst auf ihre Unabhängigkeit. Sie selbst "bevollmächtigen" die Führer/innen anstatt sie zu verjagen und dann selber zu beschließen.

Warum passiert das?

Die Vollversammlungen sind in der Wirklichkeit nur die Form der Beschlussnahme, zwar die beste von allen möglichen und doch kein Selbstzweck. Man kann auf einem solchen "Thing" (2) ja ganz verschiedene Beschlüsse fassen, auch menschenverachtende. Einschliesslich solcher, in denen die Versammelten auf ihre eigene Handlungsfähigkeit verzichten und diese in die Hände der "Vertreter/innen", der Führer/innen und Diktator/innen übergeben. Nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt einer Vollversammlung ist wichtig - und die Harmonie zwischen beidem. Der Inhalt der Beschlüsse wird durch die Leute bestimmt, die an der Beschlussnahme teilnehmen, durch ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse, ihre Ansichten, ihre Anschauungen. Alles hängt von ihnen ab.

Natürlich ist der Mensch ein soziales Wesen (darin liegt seine biologische Besonderheit, wenn man will). Natürlich ist sein Verhalten in vielem durch den tiefen, ursprünglichen Trieb zur gegenseitigen Hilfe und Solidarität bestimmt. Aber man kann auch die Wirklichkeiten der Gesellschaft ignorieren, in der wir alle leben.

Viele tausende Jahre der Macht, der Herrschaft und des Eigentums haben die menschliche Persönlichkeit schwer verstümmelt. Besonders erfolgreich in diesem Sinne ist der Kapitalismus mit seinem Wettbewerb, seinem unmenschlichen Egoismus, seiner Jagd nach dem privaten Vorteil, seiner Angepasstheit (Konformismus) und dem unheilvollen Konsumismus. Viele sind heute bereit ihre Freiheit gegen Bequemlichkeit umzutauschen und sich mit den kleinen Spenden (Almosen) zu begnügen, die durch geringste Anstrengungen und möglichst ohne einen Kampf gewonnen werden. Wir leben in einer kranken Gesellschaft, in einer wahnsinnigen Welt. Aber die Kranken sind von der Krankheit immer verschieden betroffen. Und die Persönlichkeiten unserer Zeitgenoss/innen sind auch in verschiedenem Maß verformt.

Wir reden schon überhaupt nicht mehr von den Machthaber/innen, von den Reichen, Unternehmer/innen und Bänker/innen. Es ist klar, dass das rechts sitzende Portmonnaie ihnen oft das Herz ersetzt, das bekanntlich links ist.

Aber auch unter den arbeitenden Menschen gibt es heute nicht wenige, die gar nicht daran denken mit dem Kapitalismus und der Macht zu brechen und die nicht die Last der Verwaltung ihres eigenen Lebens selbst übernehmen wollen.

Wenn wir also wollen, dass die Vollversammlungen unabhängig beschliessende Organe bleiben und dass eben die "einfachen" Leute ihre eigenen Kämpfe und ihr Schicksal beherrschen, dann sollen die Anhänger/innen dieser Alternative sich zusammenschließen und diese Meinung zusammen vertreten.

Eben dazu ist eine revolutionäre Organisation notwendig: sie soll in ihren Reihen diejenigen vereinigen, die einen bewussten Kampf für den Sieg der Freiheit, der Solidarität und der Staatenlosigkeit führen wollen und können:

- dafür, dass die Leute sich miteinander gemeinsam verständigen, wie sie leben wollen;
- für eine Gesellschaft, die auf einer persönlichen Selbstverwirklichung und auf der gegenseitigen Abstim

mung (Koordination) der menschlichen Bemühungen durch die Vollversammlungen aufbaut;
- für gleiche Möglichkeiten für alle, die Güter der Welt zu geniessen;
- für einen herrschaftsfreien (anarchistischen) Kommunismus.

Mögen es heute nur ganz wenige sein, die in eine solche Organisation eintreten. Wir sind sicher, dass unsere kristallklaren und unmissverständlichen Ideen früher oder später die überwältige Mehrheit der Menschen überzeugen, und die ganze Welt verändern können.

WEDER PARTEI NOCH IDEENGRUPPE…

Kann es sein, dass wir, Anhänger eines freien Kommunismus, eine politische Partei gründen und den Kampf um die politische Macht führen wollen?
Selbst das Wort "Partei" beinhaltet in sich das, was wir ablehnen, denn es heisst "ein Teil", der Teil des Volkes, der statt ihm und für es handelt. Die Partei wird durch diejenigen gegründet, die die Posten der Leiter/innen, der Führer/innen und der "Vertreter/innen" beanspruchen: jene, die wollen, dass die "einfachen Leute" ihnen die Rolle der Anführer/innen des Kampfes und des Lebens übergeben.

Die Parteimitglieder handeln aber immer "von oben", auch wenn sie "unten" bei der Bevölkerung arbeiten. "*Vertraut uns die Vertretung eurer Interessen an"*, sagen sie den "kleinen Leuten", *"und dann machen wir…*" Und die Armen – wie Danaë (3) durch das Trugbild eines auf sie herabfließenden Goldregens hypnotisiert – schleppen sich gehorsam oder aufgeregt, und geben ihre Stimmen ab, ihre Zeit, ihre Kräfte, ihre Hände und Hirne, also sich selbst.

Es spielt überhaupt keine Rolle, um welche Partei es geht, ob im Parlament oder als "Avantgarde" (4). Im ersten Fall versuchen ihre Anführer/innen die Interessen verschiedener Gruppen der bestehenden Gesellschaft zu vertreten (Lobbyismus), indem sie allen alles versprechen. Aber letzten Endes befriedigen sie nur jene, die den Reichtum und die Macht haben.

Im zweiten Fall erklären sich ihre Anführer/innen zum eigentlich "fortgeschrittenen" Teil des Volkes, zu einer natürlichen, aber nur nicht verstandenen Elite, die durch die heutigen Macht‑haber/innen nicht richtig bewertet werden. Aber die Ziele und Aufgaben von Parteien sind immer und überall dieselben: die Macht zu erobern, eine Regierung zu bilden und die Gesellschaft von oben mit Gewalt zu bezwingen.

Nein, wir wollen keine Partei bilden. Wir wollen aber auch keine propagandistisch werbende Ideengruppe bleiben, obwohl wir manchmal gezwungen sind als solche zu beginnen. Theorie ist tot ohne Praxis und die geistigen Übungen in einem abgehobenen "Elfenbeinturm" sind kraftlos ohne das wirkliche Leben ringsherum. Die Ideen bewegen die Welt aber nur dann, wenn sie zu bestim‑menden gesellschaftlichen Kräften werden.

Wir wollen uns nicht auf die einfache Verbreitung unserer Ideen begrenzen. Es ist für uns zu wenig, einfach nur da zu sein, wo "die Massen" sind, ohne mit anderen Leuten zu sprechen, die wie wir - oder auch nicht wie wir - sind. Es reicht uns nicht, die Kundgebungen und Versammlungen der Streikenden oder die

Initiativen der Einwohner/innen zu besuchen, um dort für die Selbstbestimmung der Vollversammlungen und für direkte Aktionen zu werben. Wir halten eine machtvolle soziale Bewegung für notwendig, die bewusst auf unseren Ideen aufbaut und den Kampf für die Freiheit führt. Nein, wir wollen keine Ideengruppe sein, die nur analysiert, das Geschehen zusammenfasst und von ihren "wissenschaftlichen" oder "kulturellen" Höhen mit mehr oder weniger selbstgefälligem Hochmut die von ihr "geführten" und "gelenkten" "Klassenbrüder" schulmeisterlich belehren.

Wir wollen eine soziale Bewegung sein, welche die heutige Gesellschaftsordnung abschafft, zerstört und eine neue, andere Gesellschaft gründet und entstehen lässt.



Der Kampf gegen die heutige Welt der Ausbeutung, Herrschaft, Macht und Ungerechtigkeit beginnt mit dem Widerstand gegen jeden Angriff auf unser Leben und unsere Freiheit: bei den Streiks für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung (also einer Begrenzung unserer Ausbeutung und der Befreiung der Zeit für unsere Selbstentwicklung).

Er beginnt bei den Protesten gegen den Bau von Häusern für die Reichen, sowie gegen die kommerzielle Umgestaltung der Wohngebiete, in denen wir wohnen. Von der Opposition gegen den Bau und die Erweiterng von Industrieanlagen und Kraftwerken, welche für die Gesundheit der Menschen und für die Natur schädlich sind.

Mit anderen Worten: Der Kampf beginnt mit Massenaktionen in deren Verlauf wir - die Ausgebeuteten, Erniedrigten und Beleidigten - unsere Rechte und Interessen im bestehenden System verteidigen. Solange bis wir eine Möglichkeit bekommen dieses System zu beseitigen.

Und das gilt natürlich vor allem für die Arbeitswelt. Wir sind der Ausbeutung und Unterdrückung auf Schritt und Tritt ausgesetzt: bei der Arbeit und in der Familie, dort, wo wir wohnen und lernen… Aber der Großteil unserer Rechtlosigkeit liegt dort, wo sich die Grundlage unserer tagtäglichen Sklaverei befindet: in der Arbeit. Sie wurde vom Kapitalismus in den Mittelpunkt eines riesigen, alles umfassenden Mechanismus unserer Erniedrigung und Versklavung gesetzt. Gerade an den Arbeitsplätzen, wo wir unsere Arbeit, unsere Hände und Gehirne verkaufen, verbringen wir den größten Teil unseres Lebens.

Die restlich Zeit benutzen wir [für Reproduktion], um nur ein bisschen Atem zu holen, uns zu erholen, uns auszuschlafen und uns selbst in eine relative Ordnung zu bringen. Gerade dort sind

wir zur Rolle einer lebendigen Maschine erniedrigt, zum Anhängsel anderer Maschinen aus Metall und Plastik. Gerade dort schaffen wir die Mehrheit der Güter, die für das Leben notwendig sind – und hängen völlig von jeder Laune unserer Herr/innen ab: den Besitzer/innen oder den Vorgesetzten, die sich dann die von uns erzeugten, gesellschaftlichen Reichtümer aneignen...

Eben deshalb streben wir danach unseren Arbeitsbereich (den Betrieb oder die Einrichtung, wo wir arbeiten; die Schule oder die Hochschule, wo wir lernen) ins Zentrum unseres Widerstands gegen Kapital und Staat zu setzen, solange wir dort unterdrückt sind.

… NOCH GEWERKSCHAFT…

"Aber dann solltet ihr aktiv in die Gewerkschaften eintreten oder auch – wenn diese euch wegen irgendwelcher Gründe nicht recht sind – neu gründen", so kann der Leser / die Leserin sagen. Doch wir sollten wiedermal "Nein!" sagen.

Die Gewerkschaften entstanden im 19. Jahrhundert (in Russland im 20. Jahrhundert), meistens um den Platz der aufgelösten und vom Kapitalismus vernichteten Produzent/innen-Vereinigungen ("Zünfte") einzunehmen. Indem sie sich in Berufsbündnissen vereinigten, versuchten die Arbeiter/innen einander im Leben und in der Arbeit zu helfen, kulturelle Aktivitäten sowie die Kranken- und die Altenpflege zu organisieren.

Viele der Bündnisse agierten gerade als Widerstands-gesellschaften, indem sie den Kampf für die Lohnerhöhungen, die Besserungen der Arbeitsbedingungen und die Kürzung der Arbeitszeit führten. Oft benahmen sie sich auf revolutionäre Weise, führten kämpferische Streiks und Generalstreiks durch, wurden zum Herz einer besonderen Arbeiter/innenkultur, die der kapitalistischen Zivilisation gegenüberstand, oder sie prokla-mierten offen die Ziele einer sozialen Revolution.

Und doch hatten sie – auch die revolutionärsten – immer einen Schwachpunkt. Die Gewerkschaften wurden ja entsprechend der Bedürfnisse der Arbeitsleute in der existierenden Gesellschaft gegründet. In erster Hinsicht wegen der aktuellen ökonomischen, materiellen Bedürfnisse.
Es lag an den Bedingungen der wilden Armut der arbeitenden Menschen im 19. Jh. bis zum Anfang des 20. Jh., dass der Kapitalismus diese sowieso nicht befriedigen konnte. Man dachte, dass man dem Kapita-lismus fortwährend seine Giftzähne ziehen könnte, ihn letzten Endes an die Wand drängen und mit ihm Schluss machen könnte. Dieser Wettlauf wurde aber von den Arbeiter/innen verloren. Es stellte sich heraus, dass das industriell-kapi-talistische System im-stande war, eine ent-personalisierte Massen-produktion für einen ge-sichtslosen Massenkäu-fer zu organisieren. Natürlich war die indu-strielle Ware qualitativ viel schlechter als das Meisterwerk eines mittel-



alterlichen Handwerkers, dafür aber war sie fast für jeden "durchschnittlichen" Armen zugänglich. Mehr noch, es stellte sich heraus, dass die Bourgeoisie und der Staat vollkommen imstande waren viele Lohnforderungen der Arbeiter/innen anzunehmen, indem sie diese auf Kosten anderer Arbeiter/innen erfüllten.



Zum Beispiel die Löhne der Arbeiter/innen in einem bestreikten Werk zu erhöhen – aber danach auch die Preise für eine produzierte und verkaufte Ware höher zu bestimmen.

Oder die Arbeitszeit zu kürzen – aber dabei die Arbeit zu intensivieren und aus einem Arbeiter/einer Arbeiterin in der kürzeren Zeitspanne, mehr Energie und Kräfte auszupressen.

Es wurde klar, dass die Notwendigkeit des Ablösens und Zerschlagens des existierenden ungerechten Systems, sich gar nicht sich unbedingt alleine und ausschliesslich aus den materiellen und ökonomischen Bedürfnissen ergibt. Der Sklave kann ja doch auch bevorzugen, sich für nichts zu verantworten und ein wohlgenährtes Wohlleben bei einem "guten" Herren zu führen – statt das Leben eines freien Menschen zu riskieren.

Indem sie ausserdem in dem Rahmen des existierenden Standes der Dinge blieben, und keinen unmittelbaren Kampf für eine neue Gesellschaft führten, waren die Gewerkschaften für die Leute mit ganz verschiedenen Anschauungen offen. Einschliesslich für die, die keinen Bruch mit dem Kapitalismus und mit den Staat wagten und sich selbst "bessere" Herren suchten: in der Person der Führer der sozialistischen und später der "kommunistischen" Parteien.

Die Mitglieder der Gewerkschaften legten den Kampf für ihre eigenen Interessen in die Hände dieser machthungrigen Abenteurer, und begrenzten sich freiwillig damit, selbst rein materielle und momentane Forderungen nach den besseren Bedingungen ihrer Sklaverei zu verteidigen. So entstand diese Zwiespältigkeit:

Die ideologische Parteien führen einen politischen Kampf und die Gewerkschaften einen ökonomischen.

Nach und nach formten sich die Gewerkschaften selbst nach demselben Schema der Interessen-"Vertretung" um. Eine eigene Bürokratie wuchs und erstärkte sich im Inneren dieser Organisationen; und die einfachen Mitglieder wurden immer mehr zu den Statist/innen: Zahlende der Mitgliedsbeiträge und Ausführende der Beschlüsse. Letzen Endes verwandelten sich die Gewerkschaften in diese risiegen bürokratischen Monstren,

die jede/jeder am eigenen Leibe zu spüren bekommt und die nur eines verdienen: Abschaffung.

Wir wollen keine gewöhnliche, nicht-ideologisierte und "für alle Arbeiter/innen" offene Gewerkschaft organisieren, weil wir nicht wollen, uns mit der einfachen Verbesserung unseres Sklavenzustandes begnügen. Weil wir nicht den einheitlichen und lebendigen Faden unseres Kampfes gegen das allmächtige System in die gesonderten, miteinander nicht verbundenen Momente zerreissen wollen: einen ökonomischen, einen politischen, einen geistigen, einen kulturellen usw. Nein, wir wollen nicht nur besser leben – sondern auch anders! Wir wollen freie Menschen sein!

…SONDERN ANARCHISTISCHE ARBEITER/INNEN-UNIONEN

Die revolutionäre Organisation, die wir aufbauen, ist keine Partei und auch keine Gewerkschaft. Ihrem Grund nach ist sie eine Arbeiter/innen-Union, weil sie die arbeitenden Leute vereinigt, die den Widerstand gegen die alltägliche Ausbeutung und Unterdrückung leisten und darum den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Verbesserung ihrer materiellen und geistigen Lage führen.

Doch sind diese Verbesserungen für sie kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um in den Menschen schlummerne Anfänge der Solidarität und der gemeinsamen Hilfe zu erwecken.

Sie für das revolutionäre Rebellieren gegen die Macht und das Eigentum, gegen die Ungleichheit und Unterdrückung zu begeistern. Nur indem wir unsere Rechte und Interessen Seite an Seite verteidigen, können wir Arbeiter/innen den Egoismus überwinden, die menschliche Würde wiedergewinnen und uns von einer Lethargie erwecken. Dann können wir uns dieser Sache bewusst werden: um uns selbst zu befreien, müssen wir mit dem ganzen existierenden System der Produktion, der Verwaltung und des Lebens Schluss machen und dieses mit einem neuen zu ersetzen: dem anarchistischen, staatslosen, freien Kommunismus.

Darum sind unsere Gesellschaften des Arbeiter/innen-Widerstandes (nach Berufen und überberuflich) in der selben Zeit auch Ideenorganisationen. Sie beruhen nicht auf den momentanen wirtschaftlichen Interessen, obwohl sie sowohl für diese als auch für eine neue Welt kämpfen. Wir sind für eine bewusst-anarchistische Arbeiter/innen-Organisation. Sie ist frei von jeglicher Bürokratie, vom Politikantentum und von der Karrieremacherei. Alle Beschlüsse in ihr werden durch die Vollversammlungen ihrer Mitglieder gefasst, und (auf den überlokalen Ebenen) durch die Delegierten von diesen Versammlungen weitervermittelt. Dabei sind diese Delegierten keine "Vertreter/innen", sondern nur "Stimmen" derer, die sie sandten, durch ein unbedingtes imperatives Mandat an die Beschlüsse der jeweiligen Vollversammlungen gebunden.

Was hat eine solche Arbeiter/innen-Föderation zu tun? Die Unionen, die sie bilden, sind dazu berufen, eine Ideen-, Agitations-, und Kultur-Arbeit zu führen, durch Worte und Taten die hohen Ziele und Prinzipien des anar–

chistischen Kommunismus zu propagieren. Sie müssen Streiks und andere Widerstandsaktionen gegen das Joch des Staates und des Kapitals vorbereiten, organisieren und durchführen. Und gleichzeitig müssen ihre Mitglieder/innen auf anarchistische Weise in den grösseren Vollversammlungen der Arbeiter/innen eines Werkes oder einiger Werke, einer Einrichtung oder einiger Einrichtungen, in den Versammlungen und Initiativen der Einwohner/innen handeln: darauf hinarbeiten, dass gerade diese Vollversammlungen prinzipielle Fragen des Kampfes und des Lernens bestimmen. Sowie dem Einfluss und der Macht der politischen Parteien, Gewerkschaften und der Führer entgegen-wirken. Sie müssen – mit anderen Worten – direkte Aktion und libertären Kommunismus anwenden und behaupten.

Unser Ziel besteht darin, dass die Massen der Arbeiter/innen auf die bewusst anarcho-kommunistische Positionen übergehen, dass sie beginnen, als Anarcho-Kommunist/innen zu denken und zu handeln, ganz unabhängig darauf, ob sie Mitglieder unserer Unionen sind oder nicht.

Dann können die von ihnen gebildeten Widerstandsorgane (Vollversammlungen und ihre Delegierten) – die heute so selten oder auch schwankend und unbeständig sind – in der Zukunft zu den regulären und ständigen Strukturen der Selbstorganisation und der Selbstverwaltung auf freiem kommunistischen Grund werden.
Und dann, an irgendeinem großen Abend gehen wir alle, Ausgebeutete und Unterdrückte, durch die Ideen-Kräfte des anarchistischen Kommunismus begeistert, zum letzten und entscheidenden Sturm der Bastionen der Alten Welt über.

Vadim Grayevsky, KRAS-IAA
überarbeitete Übersetzung: klaro-asn & N.N. (eduCat)

Anmerkungen:

(1) Sylvain Maréchal (1750-1803): französischer Atheist und utopischer Sozialist, schrieb das *"Manifest der Gleichen"* (1796), veröffentlichte 1801 aber die reaktionäre Schrift *"Gesetzentwurf zur Verhinderung des Leseunterrichts für Frauen"*.

(2) Thing (althochdeutsch): Versammlung der freien Männer, Gerichtstagung (mittelhochdeutsch: *dinc*, hochdeutsch: *Ding*)

(3) Danaë: griechische Sagengestalt, wurde von ihrem Vater Akrisios im Keller gefangen gehalten bis der "Göttervater" Zeus sich erbarmte und einen "goldenen Regen" hinunterschickte, um mit ihr den Sohn Perseus zu zeugen, mit dem zusammen sie von ihrem Vater schließlich auf dem Meer ausgesetzt wird.

(4) Avantgarde (französisch): Vorkämpfer/innen; in Kunst und Politik (besonders im Marxismus) verbreitete Idee einer fortschrittlichen Elite, die alles vorbereitet und weiterentwickelt, wofür die Masse der "einfachen Leute" angeblich noch nicht bereit sei.



Britannien: Sklaverei im Knast - eine Privatangelegenheit

In den letzten zehn Jahren ist die Gefängnispopulation in England und Wales rapide gestiegen. Der jetzige Zustand kann als Erreichen epidemischer Ausmaße beschrieben werden. Da die Regierung mit dem Zustrom von Gefangenen nicht fertig wird und sie in Wirklichkeit nicht einmal mehr unterbringen kann, soll wieder mal der Privatsektor die Rettung bringen. Einkerkerung ist jetzt ein großes Geschäft für die neugeschaffene Bewachungsdienstleistungsindustrie, mit Konzernen wie Group 4 und Premier als Pionieren privat betriebener Gefängnisse und Securicor, die sich um Bewegungen zwischen Gefängnissen und Gefangenentransporte zum und vom Gericht kümmert. Aber es gibt auch noch eine weitere, dunklere Seite, die nicht sofort klar wird, wenn man keinen Überblick hat. Die drei Hauptakteure sind draufgekommen, daß sie das große Geld nicht nur mit Einsperren und Bewachen verdienen können, sondern daß sie auch mit den Gefangenen selbst noch mehr Geld machen können, um ihre überquellenden Tresore weiter zu mästen. Rehabilitationsprogramme wurden gestrichen, Ausbildungsstunden in den Ofen verbannt, und qualifizierte Handwerkskurse sind Vergangenheit. Stattdessen wurden Produktions- und Verpackungslinien eingerichtet, mit Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die an Sweatshops in der dritten Welt erinnern.



Der private Sektor beabsichtigt, Gefangene auszubeuten, um seine eigenen Bedürfnisse zu erfüllen, und wird in seinen Bemühungen unterstützt von Gefängnisordnungen und -regeln, die alle verurteilten Gefangenen zur Arbeit verpflichten. Und weil zwischen Gefängnis und Gefangenen kein Arbeitsvertrag besteht, haben Gefangene auch keinen Anspruch, für ihre Arbeit Geld zu bekommen. Stattdessen erhalten Gefangene gewöhnlich nicht mehr als ein paar Pfund [= britische £] pro Woche, die vom Gefängnis als "Geschenk" definiert werden. Da sie für die Arbeitskraft nichts berechnen müssen, wenn sie sich um Aufträge bemühen, können Konzerne wie *Group 4* und *Premier* leicht andere Mitbewerber um Marktanteile unterbieten und haben kein Problem, Aufträge an Land zu ziehen, die sonst nach Übersee gehen würden. Diese Schlupflöcher erlauben es, daß die Sklavenarbeit in britischen Gefängnissen floriert und bedeuten, daß die Produktions- und Einzelhandelsgiganten vor Aufdeckung abgeschirmt werden.

Das Thema wurde bis jetzt von Mark Barnsley [anarchistischer Ex-Gefangener, der wegen seines Widerstands bis zu seiner Freilassung vor zwei, drei Jahren so ziemlich alle Bunker, Hochsicherheits- und Isoknäste der Insel durchprobieren mußte, d.Üs.] und seiner Kampagne gegen Gefängnissklaverei auf der Tagesordnung gehalten, die eine Anzahl von Mahnwachen im ganzen Land auf die Beine gestellt hat. Ohne diese Kampagne wäre der Übergang von dem, was derzeit in Britannien im Anfangsstadium ist, zur in den USA bereits installierten Vollversion nichts weiter als eine Formalität.



Auf die Gefängnisarbeit in den USA verlassen sich die großen Produktions- und Einzelhandelskonzerne mittlerweile so sehr, daß sie tatsächlich helfen, mehr Gefängnisse zu bauen, um sich billige Arbeitskräfte für die kommenden Jahre zu sichern. Ein Mangel an Gefangenen, um diese Gefängnisse zu füllen, hat dazu geführt, daß Menschen für Straftaten eingesperrt werden, für die normalerweise gar kein Freiheitsentzug verhängt wird. Gefängnisprivatisierung und Gefängnissklaverei sind ein- und dasselbe. Mit Eurer Unterstützungserklärung für die Kampagne gegen Gefängnissklaverei können wir dieses Thema wenigstens an die Öffentlichkeit bringen und aufdecken, was - zumindest bis jetzt - mehr oder weniger als Privatangelegenheit behandelt wurde.

Kontakt: *againstprisonslavery@mail.com*

Aus: "*Direct Action*", Nr. 30,
(Magazin der *Solidarity Federation* - IAA),
http://www.direct-action.org.uk,
http://www.solfed.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung:
Anarchosyndikat "*eduCat*", Köln/Bonn, 2004,
http://anarchosyndikalismus.org

East End Jewish Radicals

(1875-1914)

Zusammenfassende Übersetzung des 1975 erschienenen gleichnamigen Buches von William J. Fishman (provisorische Vorabversion des fünften Kapitels ohne wissenschaftliche Fußnoten!)

Intro:
Zwischen 1881 und 1914 wurde das Londoner *East End* zum Zufluchtsort für Tausende von in Russland von Pogromen bedrohten Juden und Jüdinnen. Anhand vieler bis dato unveröffentlichter Quellen beschreibt William. J. Fishman in lebendiger Form den Exodus aus Russland, die Armut und Entfremdung im Ghetto, sowie die Ausbreitung sozialistischer und anarchistischer Ideen - von Aron Liebermanns bahnbrechender 'Hebräischer Sozialistischer Gewerkschaft' bis zum Aufstieg Rudolf Rockers, des charismatischen atheistischen Deutschen, der sich der Sache der jüdischen Immigrant/innen annahm.

Der Autor:
William J. Fishman (Professor für Politik an der *University of London*):
"Die Lebensbedingungen der Armen in der Zeit vor 1914 habe ich durch Lebenserinnerungen und zeitgenössisches Material kennen gelernt, das mir von den charmanten alten Überlebenden, dem *Arbeter Frainter* Sam Dreen und dem *Littérateur* Joseph Leftwich, freimütig zur Verfügung gestellt wurde. Ich erinnere mich mit Ehrfurcht an diese alten, mittlerweile verstorbenen *Chaverim*[1], die mir ihre Wohnung und wertvollsten Bücher und Dokumente zugänglich machten: Aaron Rollin (Gewerkschaftler und Sozial-

1 hebräisch: Kameraden, Genoss/innen

historiker), Jacob Fine JP, Louis Bailey, Rose Robins, Millie Sabel (Sablinsky) und Karl Lahr. (...) Mein Freund Fermin Rocker gab mir wertvolle Informationen und die Aufzeichnungen seines Vaters, ebenso wie Alfred Weiss.

Bei der Lektüre werden Sie schnell sehen, dass dies hier eine Herzensangelegenheit (Labour of Love) ist. Und, so hoffe ich, dass Sie meine "Vorurteile" mit Nachsicht hinnehmen. Das Londoner *East End* war in den 1920er und '30er Jahren mein Zuhause, als sich die Bedingungen kaum von den im Buch beschriebenen unterschieden. Ich atmete, aß, lachte, weinte und träumte mit den Immigrant/innen, den Armen. Ob gut oder schlecht, kam was wollte, sie waren meine Leute. So lange wie es noch eine Kopfsteinpflastergasse gibt und noch einen bewohnten Mietshausblock, welche an die Stimmen und Bilder der *Chaverim* erinnern, gehe ich dort mit meinem Vater."

London 1974, W.J.Fishman

[...]



Apostel und Agitatoren

> ***"Unsere jüdischen Genossen verbreiten nicht nur sozialistische Propaganda, sondern sie sind voller Energie dabei, sich in Gewerkschaften zu organisieren, um das Sweatshop-Unwesen zu bekämpfen und die Löhne wenigstens auf Überlebensniveau zu heben; sie greifen den Immigranten unter die Arme (...), die sonst hilflos den Sweatshop-Chefs und ihren Agenten ausgeliefert wären. Und sie informieren ihre Genoss/innen im Ausland über die wahren Zustände auf dem Arbeitsmarkt London."***
>
> *Freedom*, 8. Mai 1888

Zwischen 1881 und 1891 wurden weitere 30.000 Jüdinnen und Juden aus Russland vertrieben, was die Lage im Ghetto Whitechapel weiter verschärfte. Die Zeitung *Jewish Chronicle* initiierte mit dem 'Jüdischen Rat der Wächter' (*Jewish Board of Guardians*) eine weitere Wohltätigkeitsorganisation gegen die verbreitete Armut und tut weiterhin alles, um eine wirksame Selbstorganisation in Gewerkschaften zu unterlaufen und direkt zu unterwandern.

1881 gründete der millionenschwere Fabrikant Samuel Montagu selbst die 'Jüdische Maschinen-Näher-Gewerkschaft', welche den 12-Stunden-Tag forderte, aber Streiks als Arbeitskampfmittel verbot. Erst 1884 kam es durch Morris Winchewsky zur Fortführung jüdisch-sozialistischer gewerkschaftlicher Aktivitäten. Er war als Junge im Rabbinerseminar vom Gläubigen zum radikalen Atheisten konvertiert und folgte dem bekannten "Aufruf an die Jugend" des sozialistischen Propheten Aaron Lieberman, sich als Sozialist den Juden zuzuwenden. 1877 kam er 21-jährig nach Königsberg und weiter nach London, wo er mit der 'Jüdischen Bildungsgesellschaft' bekannt wurde und traf schließlich auch auf ehemalige Genoss/innen der HSU

["Hebräische Sozialistische Union" = *Agudah Hasozialistim Chaverim*, 1876 als erste jüdisch-sozialistische Gewerkschaft in London gegründet]. 1882 kam das Projekt einer von Arbeiter/innen gemachten Zeitung wieder in Gang, die in der *mame loshen*, der eigenen jiddischen Sprache erscheinen sollte: Der *Poilishe Jidl*, der ohne die ätzende Kritik an den Elite-Juden auskam und nicht selten reichlich unreflektiert seine Stimme erhob. Die erste Kampagne war entsprechend moralischer Natur und gegen das Kartenspielen gerichtet. Mit Artikeln über die schlimme Lage der extrem ausgebeuteten Neuankömmlinge (*Greener*) schaffte es die Zeitung ihre Leser/innen zu erreichen. Im Kulturteil wird von Bildungsmöglichkeiten und den jiddischen Theaterproduktionen von Sarah und Jacob Adler berichtet, ebenso wie der *Poilishe Jidl* das gesamte Zeitgeschehen und die jüdisch-russischen Nachrichten darstellte. Bemerkenswert an dieser Zeitung war ihr konsequentes Eintreten für gewerkschaftliche Organisation, sie war das Sprachrohr der 'Jüdischen Schneider-Gewerkschaft'.

Die *Zukunft* - Das Ende des *Poilishe Jidl*

In der letzten Ausgabe (Nr. 12 vom 10. Oktober 1884) fand sich eine Anzeige der Maurergewerkschaft, die zu einem Treffen in der *Brick Lane* aufrief. Und ein Bericht über vielversprechende jüdische Landkolonien in den USA (in Painters Wood/Dakota und Vinland/New Jersey) - ein guter Kontrast zum pessimistisch stimmenden Elend in Europa. Dazu passt auch, dass der *Poilishe Jidl* ab Mitte November 1884 mit dem neuen Namen *Zukunft* erschien, auch um die Leser/innen in Russland besser erreichen zu können. Doch bis zur Einstellung der Zeitung im Januar 1889 wandelte sich der Schwerpunkt des Blattes: Lokale jüdische Themen und die Möglichkeit der Übersiedlung nach Palästina traten mehr und mehr in den Vordergrund. Bis die *Zukunft* nach dem Ausscheiden von Morris Winschewsky [Anhänger von Aaron Liebermann], der sich mit seinem zunehmend klerikal und nationalistisch eingestellten Partner Rabbinowitz überworfen hatte, schließlich sogar heftig antisozialistisch wurde. Die bourgeoisen Werte (*mores)* hatte Rabbinowitz soweit verinnerlicht, dass er sich nicht scheute neben der ohnehin umstrittenen Werbung auch ausgerechnet eine Wahlanzeige der Liberalen für den Fabrikanten Montagu zu veröffentlichen, ein besonders perfides schwarzes Schafes des Establishments. Gerade dieses elitär-parochiale[2] Milieu der Kapitalist/innen hatte Morris Winschewsky als Stimme der Imigrant/innen bekämpft. So zum Beispiel auch in seiner Katechismus-Parodie, dem Pamphlet "*Yehi or eyre Unterhaltung iber di farkerte Velt.*" (jiddisch: 'Es werde Licht' oder [Philosophischer Dialog zweier Arbeiter] Über die verkehrte Welt`).

Seine vier Dogmen begannen so:

"Ich glaube fest daran...

- *dass, wer Profit aus seinen Mitmenschen zieht, nichts als ein Plünderer ist.*
- *dass die Armut nicht eher verschwindet bis nicht jeder für die Gemeinschaft arbeitet, welche ihrerseits für die Bedürfnisse jedes Einzelnen sorgt.*
- *dass die Frauen solange Sklavinnen und Gespielinnen der Männer bleiben, solange sie vom Willen Anderer bestimmt werden, anstatt selber über die Früchte ihrer Arbeit zu bestimmen.*
- *dass Arbeit und Handfertigkeit schlecht angesehen sind, solange ihr Schaffen nur dem Appetit eines reichen Nichtstuers dient."*

2 parochial: mit der religiös-klerikalen Elite verbunden

Der ´*Arbeter Fraint*`

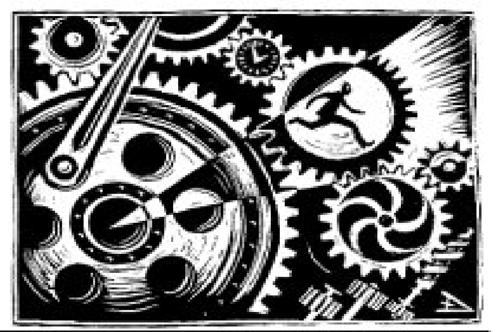
Morris Winschewsky ging mit seinem Kollegen Philip Kranz[3] zum ebenfalls in Spitalfields ansässigen jiddischsprachigen ***Arbeter Fraint***, der seit dem 15.Juli 1885 monatlich erschien und von vielen jungen Gebildeten mit wachsendem Durchblick betrieben wurde und laut Editorial der #1 "***offen für alle Radikalen"*** *war: "Sozialdemokraten, Kollektivist/innen, Kommunist/innen und Anarchist/innen*".

Noch waren die Differenzen nicht unüberbrückbar, die sich aber bald deutlicher auswirken sollten. Wo in der #1 noch die Rede war von einer Allianz aller Strömungen, und auch viele Anarchist/innen mit der Idee des (ökonomischen) Materialismus bekannt waren, zeigten sich schon bald die Gräben, welche seitdem zunehmend ideologisch rechthaberisch betont wurden.

Der *Arbeter Fraint* war auf der ideologisch offenen Grundlage des *Vperyod*-Ansatzes von Aaron Lieberman angetreten, um den entrechteten jüdischen Arbeiter/innen zunächst einmal durch gewerkschaftliche Organisation, gegenseitige Hilfe, (Selbst-)bildung und Agitation zu mehr Selbst- und Klassenbewusstsein am Arbeitsplatz zu verhelfen, damit sie schließlich die Kontrolle der Fabriken selbst erkämpfen können.

Die soziale Revolution sollte auf dem Weg über die wirtschaftliche Ermächtigung erfolgen, wozu folglich keine politische Revolution nötig ist, die dann die anderen Ebenen institutionell regeln muss.

[3] geb. 1858 als Jakob Rombro im polnisch-russischen Podolien, 1881 von dort geflohen. Er übernahm zunehmend sozialdemokratische Positionen, trennte sich schließlich im Mai 1889 vom *Arbeter Fraint* und ging nach New York, wo er die *Arbeter Zeitung* herausgab.



Nun, die Marxist/innen wollten die Theorie des [automatisch verlaufenden] Historischen Materialismus um jeden Preis getreu ihrer Lehren in der Praxis anwenden. Die sozialdemokratischen Lasallianer verabschiedeten sich vom gewerkschaftlichen Grundansatz, den sie - ohnehin völlig unangebracht - auf die Frage nach Lohnerhöhungen reduziert hatten. Die Gewerkschaften bezeichneten sie zu Gunsten ihres Partei-Apparats als wenig nützlich oder gar schädlich: Sie *"lenken die Arbeiter nur vom richtigen Weg zum Sozialismus ab*!" (Isaac Stone)

Morris Winschewsky aber blieb angesichts der elenden Verhältnisse in den Sweatshops des East Ends mit dem *Arbeter Fraint* weiterhin von der Notwendigkeit von Arbeitskämpfen und Selbstorganisation überzeugt. Er verband geschickt, emotional authentisch und glaubhaft den intellektuellen Revolutionär mit dem "*heimische Yidl"*. Er griff die Kapitalist/innen und Klerikalen konsequent an, wie zuvor die Zeitung *Vperyod,* machte sich über religiöse Themen und Anlässe gnadenlos lustig. Die Bibel selbst

wurde als Argument gegen die Heiligen und zum Beweis des Atheismus angeführt. Und jüdischer (wie jeglicher) Nationalismus wurde als Gegner der sozialistischen Weltbürgerschaft (Kosmopolitismus) grundsätzlich abgelehnt. Bezüglich des jiddischen *Arbeter-Fraint* erklärte Peter Lawrow (Herausgeber von *Vperyod)* 1889:

"*Die jüdischen Sozialist/innen versichern, dass sie zwar in der einzigen Sprache publizieren würden, welche ihre Leser/innen verstünden, aber weit davon entfernt seien, aus einer Position des nationalen Separatismus heraus in der sozialistischen Arbeiterbewegung engagiert zu sein."*

(auf dem 1. Kongress der II. Internationale[4] in Paris, 14.-20.07. 1889)



In London erreichte der *Arbeter Fraint* die jüdischen Arbeiter/innen zunehmend besser. Und mit dem Blatt entstanden und wuchsen diverse radikale Organisationen, wie die *Internationale Arbeiter-Bildungsgesellschaft.* Diese war 1884/85 aus dem belebten Lokal an der *Berner Street* 40 entstanden, und stieg schließlich im Juni 1886 beim *Arbeter Fraint* mit ein. Ab Juli 1886 ermöglichte sie das wöchentliche Erscheinen und brachte auch sprachlich, wie thematisch, neuen Schwung mit. Die Auflage verdoppelte sich nach der Vervierfachung der Ausgaben und der immer weiteren Verbreitung.

[4] Zusatzbemerkung des Übersetzers: Die Erste Internationale wurde 1864 gegründet und endete 1872 mit dem Ausschluss der feministischen 'Sektion 12' und der anarchistisch-sozialrevolutionären Fraktion um Michail Bakunin.

Selbstorganisierte Gewerkschaften wuchsen in allen Branchen heran - auch außerhalb Londons, wie in Leeds, Glasgow, Liverpool und ebenso in Paris...

...ob bei den großen Schneidereien und Schuhmacher-Betrieben, oder den kleinen Zigaretten-Stopfereien, Tischlereien und Möbelschreinereien. Dementsprechend waren die Sozialist/innen bald wieder Seite an Seite mit den Gewerkschafter/innen. Der Club in der *Berner Street* mit seiner Aufnahmefähigkeit von etwa 200 Leuten lief gut und glänzte mit lokaler und internationaler Intelligenz. Auch der berühmte Dichter William Morris war solch ein Radikaler und trug dort häufig seine Verse vor.

Ab 1888 gehörte auch Benjamin Feigenbaum aus Antwerpen (geboren in Warschau) zum dortigen Kreis. Er hatte sich als Sohn frommer Ostjuden (Chassidim) der beißend scharfen antireligiösen Satire verschrieben. Er entblößte die Rituale als lächerlichen Popanz und genoss es, die Bibel als Referenzbuch für den Sozialismus auszulegen. All dies brachte die anglo-jüdischen Eliten erneut massiv auf die Palme. Schon vorher hatten sie zum Beispiel den Layouter der Zeitung (Nr. 26) bestochen, den dickgedruckten Sinnspruch auf der letzten Seite von "Arbeiter,...*verteilt* den *Arbeter Fraint"* in "...*zerstört*" zu verändern, der sich dann schnell in die USA absetzte.

Im Mai 1887 hatte man auch den Drucker "überzeugt", der die Ausgabe vom 06. Mai ohne Vorwarnung einstellte. Es dauerte bis Ende Juli bis die Gruppe überhaupt einen anderen, mutigen Drucker fand, um wenigstens ein Flugblatt zu Erstellen, um die Leser/innen zu informieren. Am 05. August kam es dann zum Neubeginn. Solidaritätsgruppen vom Londoner *East End* bis zur New Yorker *East Side* sammelten Geld für eine eigene Druckmaschine. Benjamin Feigenbaum lief auch an verschiedenen religiösen Feiertagen zur Höchstform auf und schockte die

Frömmelnden und den Chefrabbiner Adler mit Angriffen, Liturgiesatiren, Alternativversion der *Passah*-Fest *Haggadah* und Defätismen, wie: "*sogar im Exil in Ägypten war´s besser als hier im Slum*".
Als Zeichen der Verachtung des antiken Scharlatan-Mummenschanzes veranstaltete man zum Beispiel zum Feiertag *Yom Kippur* Ende September 1888 einen strikt weltlichen Festball mit Beiträgen wie *"Die Absurdität von Religion"* oder *"Gibt es einen Gott?"* (Die wenig überraschende Antwort verneinte dies entschieden). Nach seinem 60-minütigen freien Vortrag forderte Benjamin Feigenbaum schließlich "Gott" zum Duell heraus: "Er" habe jetzt zwei Minuten Zeit, ihn endgültig zu erledigen - als Beweis "Seiner" Existenz. Dem Publikum stockte der Atem, aber nichts geschah. Applaus brandete auf, die *Marseillaise* wurde gespielt und nicht wenige waren zum Atheismus bekehrt.

Doch erneut sollten sich diese massiven Attacken als (zunächst) kontraproduktiv erweisen: Zu heftig stieß man den willigen, aber noch religiös ziemlich anhänglichen, eigenen Leuten vor den Kopf. Sie hatten mit dem generellen Druck in England und auch der allgemeinen Presse-Hetze (unter anderem der *Church Times*) wegen der [im jüdischen Stadtteil *East End* begangenen] Horror-





Frauenmorde von *Jack the Ripper* ohnehin genug Stress, zumal eines der Opfer direkt vor dem anarchistischen Club in der *Berner Street* aufgefunden worden war.

Rabbi Adler ging so weit, dass er der beliebten, aber ihm missliebigen jiddischen Theatergruppe seines Namensvetters Jakob Adler die Ausreise "nahelegte". Diese aber weigerte sich standhaft bis sie im Januar 1887 einer Art Anschlag zum Opfer fiel: In dem mit 500 Zuschauer/innen vollbesetzten Theatersaal rief jemand mutwillig *"Feuer"*. Die Panik als alle zu dem einzigen Ausgang drängten, kostete siebzehn Menschen das Leben. Im März wanderten die Theaterleute dann schließlich mit Hilfe des Chefrabbis aus. Zwar fand man nie den Schuldigen, aber der Verdacht auf den Rabbi als Drahtzieher wog schwer.

Der arrogante und ignorante Chefrabbi wandte sich sogar offen gegen die Leiden seiner Leute im Slum als er den Bericht der

Kirchen zur schrecklichen Lage in den Sweatshops, der die schwerwiegenden Misstände aufzeigte, als weit übertrieben abwertete. Erst im Frühjahr 1888 begann er gewissen Unternehmern ins Gewissen zu predigen, nicht ohne jedoch die Arbeiter/innen zur Einhaltung der Gebote und Gesetze zu ermahnen.

Die Anarchistische Keimzelle

Das Programm des Lokals in der *Berner Street* war vielfältig und ein praktisches Experiment der frühen Erwachsenenbildung: so gab es zum Beispiel dienstags literarische und politische Beiträge auf Englisch, mittwochs und donnerstags Englisch-Sprachkurse für Mitglieder, samstags gesellschaftlich-wirtschaftliche Themen und Diskussion, sonntags Theater, Konzerte und Tanz. Das Gemisch einzelner Sozialist/innen begann sich zu einem harten Kern von Leuten herauszubilden, die sich selbst als Anarchistinnen verstanden. Der *Arbeter Fraint* (Nr. 5) brachte den Aufsatz *"Was ist Anarchismus?"* des Pariser Aktivisten J. Jaffe, der ab 1887 in Spitalfields hinzustieß.

Die fragwürdige Affäre um den Bombenanschlag bei der Gewerkschaftsdemonstration am Haymarket in Chicago 1886 und der anschließende Justizmord an fünf beschuldigten Anarchisten wurde mit Sympathie und Entsetzen verfolgt, so dass die libertäre Ausrichtung und Klarheit in der *Berner Street* noch zunahm. Zumal neben Jaffe mit H. Kaplansky und Arthur Freeman in London sowie Yanowsky (1864-1939) und Cohn aus den USA noch vier weitere Talente beim *Arbeter Fraint* einstiegen. Auch Autoren wie die libertären jiddischen Poeten David Edelstadt und Joseph Bovshover schickten Beiträge, so dass das Magazin zunehmend international gefragt war.

Der *Arbeter Fraint* betonte zwar seine libertäre Ausrichtung, stand aber mit vielen sozialistischen Gruppen bzw. Veröffentlichungen wie *Autonomie, El Socialismo, Freiheit*, New Yorks jüdischer *Volkszeitung* und *Le Socialiste Parole* in Kontakt.

Bis 1888 war der Anarchismus zum größten und aktivsten Element der Arbeiter/innenbewegung geworden, und Ende des Jahres vergrößerte die Zeitung stolz ihren Seitenumfang auf acht.

Zunächst stemmte man sich gegen die Stimmen, die nach einer Sweatshop-Parlamentskommission riefen:
"Der East End Arbeiter, zumal jüdisch, würde noch weniger erreichen als bei dem vorherigen Fabrikgesetz."

In der bürgerlichen Presse wurde eine Debatte über die schlimme "alte" Sklaverei geführt, unter anderm um die neuen Arbeits-Sklav/innen von ihren derzeitigen Problemen abzulenken. Dieses Thema wurde vom *Arbeter Fraint* aufgegriffen:

> *"Immerhin mussten die alten Sklaven ernährt und versorgt werden, allein schon, um deren Arbeitskraft zu erhalten. Die heutigen Lohnsklaven aber müssen nicht gekauft werden, so dass deren Erkrankung oder Tod den Unternehmer nicht im Geringsten schreckt. Jede Menge Ersatz findet sich auf der Straße."*

Im Rathaus des *East End* Stadtteils Limehouse wurde eine weitere Debatte über die Vorzüge der "glorreichen" britischen Herrschaft in Irland geführt. Dazu merkte der *Arbeter Fraint* an, dass dies für die hungernden Menschen im *East End* und jeden Arbeiter nun wirklich gar keine Bedeutung habe. Die uninformierte Mehrheit der Arbeiter/innen begrüße zwar leider diese nationalistischen Reden, zeige aber dadurch nur, dass sie sich geradezu willentlich ausbeuten lasse.

Ausführlich und bissig kommentiert wurde auch der Versuch des Bürgermeisters (*Lord Mayor*), den sechs Mitgliedern einer Abordnung von Arbeitslosen persönlich Arbeit anzubieten anstatt für vernünftige Arbeit für alle zu sorgen. Sie sagten, sie würden allen erzählen, dass er ihnen nichts als Steine angeboten habe. Daraufhin einlenkte er ein und versprach zu tun, was er könne. Der *Arbeter Fraint* kommentierte trocken: Man wisse nur zu gut, was das bedeute. Und griff weiterhin die "*sheine Leit*" der Elite an. Mit der Gründung der Gewerkschaft *Knights of Labor* (englisch: "Ritter der Arbeit", nach US-Vorbild) hatten sie zudem eine eigene Gruppe gegründet (von deren Aktivitäten leider nichts berichtet wird).

***"Der Mensch stört alles, was von der Natur gegeben ist:
Die Natur gibt allen Menschen die gleichen Rechte.
Nicht zu viel, sondern gerade genug.
Sie kennt weder Schwache noch Mächte,
Armut, Stärke oder Reichtum."***

Zwar hatte der *Arbeter Fraint* schon viel für die Emanzipation der jüdischen Arbeiter/innen getan, aber noch war man in der *Berner Street* und anderswo in Whitechapel erst auf dem Weg, um eine größer angelegte Operation vorzubereiten, welche die Leute auf die Straße und für direkte Aktionen zusammen bringen würde.

Angesichts der Ereignisse, die das folgende Jahr prägen würden, sei schon so viel gesagt, dass die jüdischen Arbeiter/innen mittlerweile auf dem besten Wege waren, um endlich auf die sozialen Verwerfungen zu reagieren. Während das Parlament erneut Untersuchungen zum Problem der Sweatshops diskutierte, müssten "*die Arbeiter doch endlich verstehen, dass nur sie allein sich mittels einer sozialen Revolution von ihrem Joch befreien können*". Dazu zählt auch die Befreiung von der religiösen Herrschaft "*des Buches" (Talmud)*, welches selber vor Blutvergießen nur so strotzt, betonte der mittlerweile recht populäre Bejamin Feigenbaum zum Jahresende in dem Artikel "*Frank & Frei*" vom 21. Dezember 1888.

Tom, Anarchosyndikat "eduCat" (Köln/Bonn)



Vom Laien für Kenner:

Cuisine du peuple

Veganes Sammelrezept Nr. 2

"Nudelpfanne mit Saisongemüse"

Gleichzeitig zum Erhitzen des Nudelwassers (**Topf** mit zwei Glas **Wasser** pro Person) bereiten wir das Gemüse der Saison vor. Im Winter bieten sich **Kohlrabi, Sellerie, Karotten und Erbsen oder Kidneybohnen** an (über Nacht eingeweicht oder fertig tiefgekühlt, zur Not aus dem Glas). Pro Person brauchen wir etwa eine halbe, kleine Kohlrabi, ein Achtel einer Sellerieknolle, zwei Karotten und etwa eine halbe Handvoll Erbsen oder Kidenybohnen, sowie eine kleine **Zwiebel**. Kohlrabi und Sellerie schälen und in Würfelchen oder dünne Streifen schneiden, die Karotten schälen oder waschen und in Scheibchen oder dünne Streifen schneiden. Die Zwiebeln schälen und in halbe Scheiben schneiden. Im Sommer könnt ihr statt Kohlrabi und Sellerie dann **Zucchini und Auberginen oder Lauch** nehmen.



Das ganze Gemüse in einer **großen Pfanne** oder einem Wok mit reichlich **Raps- oder Bratöl** auf kleiner Hitze goldbraun anbraten bis es bissfest (*al dente*) ist, dann mit **Thymian, Knoblauch, Pfeffer und Salz** würzen. Ihr könnt dazu auch **Sonnenblumenkerne und Tofuwürfelchen** rösten. In das schon kochende Salzwasser tut ihr pro Person zwei Handvoll **Vollkorn-Penne** oder Pasta eurer Wahl, die in etwa 8-10 Minuten zumindest *al dente* sein sollten. Die fertigen Nudeln dann mit dem Pfannen-Gemüse servieren. Wer mag, kocht dazu noch eine Sauce aus **passierten oder geschnittenen Tomaten** mit **Pfeffer, Salz und Oregano**.

Bon Appetit!

Herrscher und Beherrschte
haben eine Art von Verhältnis zueinander, das auf jeder Ebene Leid verursacht.

Wildcat-Comics